

Nepal Observer

An internet journal irregularly published by Nepal Research
Issue 29, February 8, 2016

ISSN 2626-2924

Nepals humanitäre Krise

von Karl-Heinz Krämer

(geschrieben für nepal-i, Heft 114)

Der Krise erster Teil

Die Erdbeben vom 25.04.2015 und 12.05.2015 forderten rund 9.000 Tote und viele tausend Verletzte, machten unzählige Menschen obdachlos und verursachten enorme Zerstörungen, von denen 16 Distrikte besonders stark betroffen wurden.



Am 25.06.2015 sagte die internationale Staatengemeinschaft Hilfgelder in Höhe von 4,4 Milliarden US\$ zu. Die nepalische Regierung sollte hierzu eine nationale Wiederaufbau-Behörde

(National Reconstruction Authority, NRA) bilden und für deren Arbeit ein entsprechendes Gesetz beschließen. Die verantwortlichen Politiker des Landes ließen sich bis zum 16. Dezember Zeit, ehe das Gesetz dann ohne Gegenstimmen das Parlament passierte. Hintergrund für diese Verzögerung war ausschließlich der Streit zwischen den führenden Politikern über die Besetzung und Leitung der Kommission sowie über die Inhalte des Gesetzes.

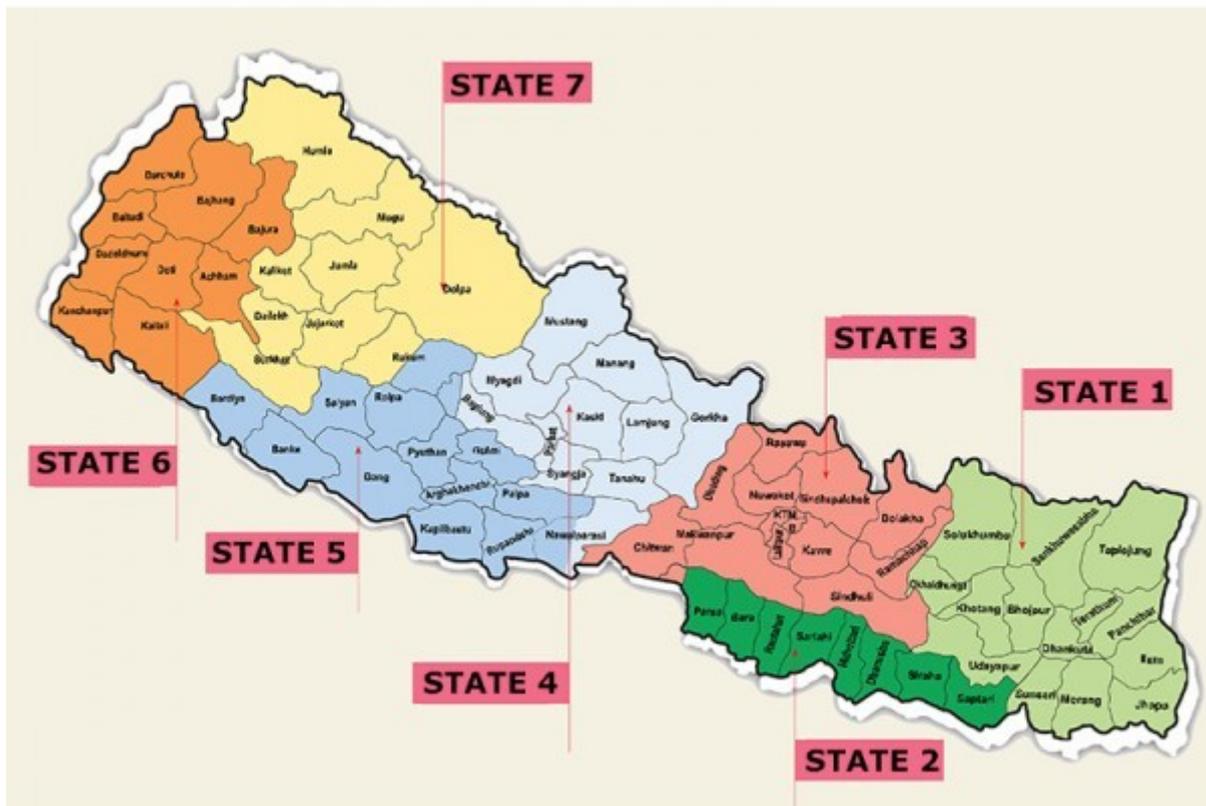
Neun Tage nach der Verabschiedung des Gesetzes und damit genau acht Monate nach dem ersten schweren Beben einigten sich die Parteien schließlich auf Sushil Gyawali als Vorsitzenden dieser Kommission. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde kein einziger Dollar der zugesagten internationalen Hilfgelder abgerufen. Damit gab es keine Hilfe für die betroffene Bevölkerung, insbesondere in den Hochgebirgsdistrikten, weder während des dreimonatigen Monsuns noch zu Beginn des Winters.

Der Krise zweiter Teil

Am 20.09.2015 erfolgte die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die von den hochkastigen Männern an der Spitze der großen Parteien ausgearbeitet und durchgesetzt wurde. Die am 15. Januar 2007 in Kraft gesetzte Übergangsverfassung und zahlreiche politische Abkommen zwischen den Parteien hatten vorgesehen, dass eine inklusiv gewählte Verfassungsgebende Versammlung unter angemessener Beteiligung aller Gesellschaftsgruppen die Verfassung entwerfen und verabschieden sollte. Wegen der schier unüberbrückbaren Differenzen insbesondere zwischen den Führern der drei großen Parteien Nepali Congress (NC), CPN-UML und UCPN-Maoist war Ende Mai 2012 die vier Jahre zuvor gewählte erste Verfassungsgebende Versammlung gescheitert. Auch nach der Wahl einer zweiten Versammlung im November 2013 stagnierte der Prozess spätestens, als die Diskussion der Hauptstreitpunkte der neuen Verfassung begann, vor allem die der Gestaltung des föderalen Staates.

Als die Politiker nach dem schweren Erdbeben vom 25. April 2015 tagelang völlig untergetaucht waren und ihre Gunst innerhalb der Bevölkerung auf einen absoluten Tiefstwert sank, begannen sie nach einer Möglichkeit zu suchen, wie sie ihr Versagen bei der Bewältigung der Folgen der Naturkatastrophe in den Hintergrund drängen konnten. Auf einmal erschienen zuvor undenkbar Gemeinsamkeiten bei der Verabschiedung einer neuen Verfassung doch denkbar. Dies war allerdings nur möglich, weil an der nun erfolgenden Initiative ausschließlich die Spitzenpolitiker der drei großen Parteien sowie Bijaya Kumar Gachhadar (Madhesi Jana Adhikar Forum-Democratic) beteiligt waren.

Dieser kleine Kreis von Männern aus den sogenannten hohen Hindukasten, überwiegend Brahmanen, legte innerhalb weniger Tage einen Verfassungsentwurf vor, der viele Punkte so berücksichtigte, wie sie in der ersten und teilweise auch zweiten Verfassungsgebenden Versammlung vereinbart worden waren. Aber es wurden auch zahlreiche frühere Abkommen zwischen den Parteien und teilweise auch Vertretern gesellschaftlicher Gruppen schlicht und einfach missachtet. Hierzu zählten u. a. auch sämtliche Vorschläge aus dem Umfeld der ersten Verfassungsgebenden Versammlung zur Gestaltung des föderalen Staates. Umgesetzt wurde lediglich in etwa der Minderheitsvorschlag der State Restructuring Commission (SRC), mit dem sich Ende Januar 2012 drei Vertreter des NC bzw. der CPN-UML für eine föderale Gliederung des Landes in nicht mehr sechs Teilstaaten ausgesprochen hatten. Ethnische Aspekte oder gar relative Mehrheiten größerer ethnischer Gruppen sollten dabei um jeden Preis vermieden werden. Nicht einmal die Namen der zukünftigen Provinzen sollten an historische ethnische Gebiete erinnern.



Am Ende einer kurzen Diskussionsphase setzte sich eine entsprechende Aufteilung des Landes in künftig sieben föderale Teilstaaten durch. Namen wurden nicht vergeben. Zum Schein wurde auch die allgemeine Bevölkerung des Landes über den Entwurf der Spitzenpolitiker informiert und zu Stellungnahmen aufgefordert. Dies war aber eher eine Farce, weil der Textentwurf kaum rechtzeitig bis in die entlegenen Regionen des Landes vordrang. Außerdem stand der Weg des Internets, über das die Menschen ihre Stellungnahmen abgeben sollten lediglich in städtischen Gebieten wie dem Kathmandutal in angemessener Weise zur Verfügung. Angehörige jener Gesellschaftsgruppen, die am meisten Grund zur Kritik an dem Verfassungsentwurf hätten haben können, gehörten nur in geringem Umfang zu diesem privilegierten Kreis. Was dann als Stellungnahmen der Bevölkerung verbreitet wurde hat somit nicht den geringsten repräsentativen Wert.

Die Führer der großen Parteien zwangen schließlich auch noch ihre Abgeordneten aus den traditionell ausgegrenzten Gruppen, Änderungsanträge, welche die Interessen ihrer jeweiligen Gruppen betrafen, vor der Abstimmung über die neue Verfassung zurückzuziehen. Alle Abgeordneten wurden verdonnert, ausschließlich im Interesse ihrer Parteiführer abzustimmen. Die Abstimmungen fanden für jeden Artikel der neuen Verfassung durch Handheben statt; eine geheime Abstimmung wurde wohl vermieden, damit eventuelle Abweichler auffielen.

Die neue Verfassung ist zwar im Vergleich zur Verfassung von 1990 besser, bedeutet aber in vielerlei Hinsicht einen deutlichen Rückschritt gegenüber der Übergangsverfassung von 2007. Sie sichert unter dem Strich die fortgesetzte Kontrolle und Dominanz der herrschenden Elite, die sich ganz überwiegend aus männlichen Angehörigen der hohen Hindukasten des Berglands rekrutiert. Zwar ist der Hindustaat offiziell abgeschafft, aber die Identifikation mit der hinduistischen Kultur und Denkweise der herrschenden Staatselite ist überall sichtbar und präsent. Frauen sind weiterhin Menschen zweiter Klasse mit eingeschränkten Rechten, so beispielsweise im Staatsangehörigkeitsrecht. Die zahlreichen Forderungen der ethnischen Gruppen (Janajati), der indischstämmigen Bevölkerung des Tarai (Madhesi) und der Dalits auf eine angemessene und gleiche Beteiligung im föderalen Nepal wurden weitestgehend nicht

berücksichtigt. Historische und kulturelle Rechte dieser Gruppen wurden nicht anerkannt. Unter Verstoß gegen die Übergangsverfassung wurde die Gestaltung des föderalen Staates zurückgestellt und soll später durch eine Kommission ausgearbeitet werden, die von der Regierung eingesetzt wird und die sich mit größter Wahrscheinlichkeit überwiegend aus Angehörigen der herrschenden männlichen Elite zusammensetzen wird. Festgelegt wurden lediglich die Anzahl der föderalen Provinzen (7) und deren Grenzverlauf. Forderungen der Madhesi und Janajati bei der föderalen Aufgliederung wurden ganz zielstrebig verworfen. Benennungen nach historischen Siedlungsgebieten der ethnischen Gruppen wurden bereits vorab zurückgewiesen. Nach dieser Regelung wird sich das Tarai auf 6 der 7 Teilstaaten verteilen; bei früheren Vereinbarungen hatte man sich auf zwei Teilstaaten im Tarai geeinigt. Unter anderem wird dabei auch das Tharu-Gebiet im westlichen Tarai zweigeteilt. Dies alles war die zielstrebige Absicht der hochkastigen Staatselite.

Die Beschlüsse zum föderalen Staat decken sich mit jenen Plänen, welche von den Führern von Nepali Congress und CPN-UML schon seit der ersten Verfassungsgebenden Versammlung verfolgt wurden. Neu ist, dass auch die Führer der UCPN-Maoist nun voll auf diese Linie eingeschwenkt sind. Wofür diese Partei ihren zehnjährigen blutigen Volkskrieg geführt hat, bleibt nicht mehr erkennbar. Ethnische Gruppen und Madhesi, die die Maoisten damals in Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage unterstützt haben, fühlen sich ebenso verraten wie die einstigen Partisanenkämpfer, die jahrelang Leben und Gesundheit für einen revolutionären Wandel von Staat und Gesellschaft aufs Spiel gesetzt haben. Der Niedergang der Partei ist unübersehbar.

Konsequenzen

Als sich abzeichnete, dass die herrschende Elite der großen Parteien ihre Pläne um jeden Preis durchsetzen würde, begannen im Tarai massive Proteste der Madhesi und der dort ansässigen ethnischen Gruppe der Tharu; abgesehen von den Limbu Nordostnepals verhielten sich die übrigen Janajati zunächst zurückhaltend. Seit September 2015 wurden im Tarai wichtige Handels- und Transportwege von und nach Indien blockiert. Die staatlichen Sicherheitskräfte reagierten zum Teil mit brutaler Gewalt, welche von einigen radikalen Tarai-Gruppierungen in ähnlicher Weise erwidert wurde. Mehr als 50 Menschen sind inzwischen bei den Unruhen im Tarai ums Leben gekommen.

Nachdem die Parteiführer am 20. September die Verfassung in ihrem Sinne durchsetzten, schritt der große Nachbar Indien ein und unterstützte die demonstrierenden Madhesi des Tarai seinerseits mit der Verhängung einer Wirtschaftsblockade über Nepal. Bis heute gibt es immer wieder Aussagen führender indischer Politiker, einschließlich Premierminister Modis und des indischen Botschafters in Nepal, Indien habe keine Wirtschaftsblockade verhängt, obgleich alle Tatsachen dagegen sprechen.

Die schon aufgrund der Madhesi-Blockaden stark eingeschränkte Versorgungslage ist durch die indische Wirtschaftsblockade weiter gesteigert worden. Betroffen ist nicht nur das Kathmandutal, sondern eigentlich das ganze Land. Die kaum noch stattfindende Versorgung mit Gas und Treibstoff hat viele Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens zum Stillstand gebracht. Die Fortbewegung innerhalb des Landes ist eingeschränkt. Auch der nationale und internationale Flugverkehr ist betroffen; internationale Fluglinien müssen zum Tanken in Indien zwischenlanden. Die Touristenzahlen sind drastisch zurückgegangen. Die Preise gehen in die Höhe. Schwarzhandel blüht. An den Tankstellen stehen die Menschen in kilometerlangen Schlangen mehrere Tage an, um ein paar Tropfen Benzin zu ergattern. Der illegale Transport von Treibstoff in Privatfahrzeugen und Bussen hat bereits zu Katastrophen geführt. Die medizinische Versorgung ist zeitweise zusammengebrochen; vielen Krankenhäusern gehen die Medikamente aus. In dieser Situation hat die Regierung auf jene Notreserven an Medikamenten zurückgegriffen, die erst nach den Erdbeben vom Frühjahr 2015 angelegt worden waren. Auch das Grundrecht auf Information ist eingeschränkt; viele Zeitungen haben ihren Umfang reduzieren müssen. Nicht nur Privatpersonen, auch die Restaurants haben Probleme, weil ihnen das Brennmaterial zum Kochen fehlt; viele sind bereits wieder zum Verbrennen von Holz übergegangen. Eine zunehmende Schädigung der

Waldreserven ist bereits erkennbar.



Reaktionen des Staates:

Die Regierung reagierte lange Zeit halbherzig. Hatte man die Blockaden der Madhesi noch mit brutaler Härte beantwortet, waren die Reaktionen gegen die indische Blockade eher verhalten. Lange Zeit scheute man sich vor öffentlicher Kritik und sprach von einer vorübergehenden Irritation. Auch Monate nach dem Beginn der Blockade hieß es aus dem Munde führender Politiker, diese werde sicherlich bald aufgehoben. Erst als sich dies als Trugschluss erwies, suchte man nach Alternativen.

So besann man sich, dass es im Norden ja auch noch ein anderes großes Nachbarland gibt. Bereitwillig griff China die Situation auf und schloss ein Abkommen mit Nepal über die Lieferung von Benzin und Diesel aus Tibet. Rasch zeigte sich, dass dessen Umsetzung aber gar nicht so leicht war. Es rächte sich, dass die nepalische Regierung monatelang nichts zur Wiederherstellung der durch die Erdbeben unterbrochenen Straßenverbindungen nach Tibet unternommen hatte. Zwar wurde dies nun provisorisch in Angriff genommen, aber es zeigte sich auch, dass diese Straßen überhaupt nicht für ein Befahren mit schweren Tanklastzügen geeignet waren.

Auch stellte man nun Überlegungen zur Nutzung alternativer Energiequellen an, wie Sonnenenergie, Wind und Biomasse. Sicherlich ist auch dies ein positiver und längst überfälliger Weg, aber er bedeutet für den Augenblick nicht wirklich eine rasche Entspannung der Versorgungslage. Gleiches gilt für das genannte Abkommen mit China. Es ist auf längere Sicht dringend erforderlich, dass sich Nepal von seiner totalen Abhängigkeit von Indien befreit. Schließlich ist dies ja nicht die erste Wirtschaftsblockade, die Indien über Nepal verhängt, und es wird auch nicht die letzte beliben.



Skanda Gautam / TH

Vehicles queuing up for fuel in Bhadrakali, Kathmandu, on Wednesday.

Schockierend war bei alledem, dass sich die führenden nepalischen Politiker reichlich Zeit für ihre üblichen Machtspielchen und das Feiern der großen hinduistischen Feste ließen. So waren ihnen die Wahl eines neuen Premierministers und die Machtkämpfe um die Vergabe der Ministerposten, die bereits wieder in Verstoß gegen die neue Verfassung erfolgte, wichtiger, ebenso auch die Wahlen von Präsident und Parlamentssprecher sowie deren Stellvertretern. Dass dabei die Ämter von Präsident und Parlamentssprecher erstmals an Frauen vergeben wurden, besagt wenig über die Stellung der Frauen unter der neuen Verfassung. Der Hauptgrund für dieses Vorgehen dürfte allenfalls gewesen sein, dass die neue Verfassung für diese beiden Ämter vorschreibt, dass entweder sie oder die Stellvertreterämter mit Frauen besetzt werden müssen.

Auf der anderen Seite scheinen aber nicht einmal jene wenigen Politiker, welche die Verfassung geschrieben haben, überhaupt deren Inhalt zu kennen. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, dass der Ministerrat nach Artikel 79 der neuen Verfassung nicht mehr als 25 Personen umfassen darf. Das Kabinett des neuen Premierminister Khadga Prasad Sharma Oli (CPN-UML) hat inzwischen 40 Mitglieder. Einige Ministerien wurden sogar aufgespalten, um neue Posten zu schaffen. Außerdem hat Oli nicht weniger als sechs Stellvertretende Premierminister ernannt. Der Hintergrund dieses verfassungswidrigen und irrationalen Verhaltens ist natürlich, dass der Premierminister die diversen an seiner Regierung beteiligten Parteien bei der Stange halten möchte, um seine Regierung noch ein wenig am Leben zu erhalten. Es gibt bereits heftige Kritik nicht nur von Regierungspartnern wie der UCPN-Maoist, sondern auch aus dem Lager der eigenen CPN-UML. Bedenklich ist auch, dass die neue Präsidentin, Bidya Devi Bhandari, die verfassungswidrigen Personalentscheidungen des Premierministers widerspruchslos mitgetragen hat, obgleich es doch eigentlich nach Artikel 65 eine ihrer Hauptaufgaben ist, auf die Einhaltung der Verfassung zu achten. Der Umstand, dass Bidya Bhandari stets eine der wichtigsten Unterstützerinnen Olis innerhalb des

erzkonservativen Flügels der CPN-UML war, könnte vielleicht einen Hinweis liefern.



Tharu agitators performing final rites of the new constitution in a symbolic protest, in Pokhara, on Saturday.

In Bezug auf einen Dialog mit den im Tarai protestierenden Gruppen der Madhesi und Tharu aber zeigen sich die Regierungsparteien (vor allem CPN-UML und UCPN-Maoist) und die Opposition (insbesondere Nepali Congress) bis heute wenig flexibel. Bekenntnisse zu einer umfassenden Überarbeitung der neuen Verfassung unter angemessener Beteiligung aller traditionell ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen, also genau das, was schon die Übergangsverfassung vorgeschrieben hatte, sind bisher nicht auf der Agenda der Regierung. Der nun oppositionelle Nepali Congress, der ja bei der Verabschiedung der neuen Verfassung noch in der leitenden Regierungsverantwortung stand, erklärte wiederholt, dass die Partei strikt gegen eine Veränderung der in der neuen Verfassung festgelegten föderalen Gliederung und Grenzziehung ist. Genau das aber ist eine der allerwichtigsten Forderungen der Madhesi und Tharu. Solange die herrschende Elite nicht zu umfassenden Veränderungen bereit ist, wollen die demonstrierenden Gruppen im Tarai auf keinen Fall nachgeben. Dazu sind sie in der jüngeren Geschichte schon zu oft von der Staatselite betrogen worden.

So bedeutete die erste Änderung der neuen Verfassung, die am 24. Januar 2016 auf ähnlicher Weise von den Parteiführern durchgesetzt wurde wie wenige Monate zuvor die Verfassung selbst, keine große Annäherung an die Forderungen der Madhesi und Tharu. Einzig Indien nutzte die Gelegenheit, der Sackgasse zu entrinnen, in welche man sich mit der inoffiziellen Wirtschaftsblockade verrannt hatte.

So wurde die Grenze Anfang Februar 2016 wieder durchlässiger für den Warenverkehr. Aber die demonstrierenden Madhesi und Tharu waren nicht geneigt, sich mit den kosmetischen Verfassungsänderungen abspesen zu lassen. Sie spürten aber zunehmend Druck seitens der Zivilgesellschaft, welche die Einschränkung ihrer Freiheitsrechte nicht länger hinnehmen wollte. Letztlich waren es Gruppen der zivilen Gesellschaft, die den wichtigen Grenzübergang in Birganj von den Barrikaden der Madhesi-Protestanten befreite. Die Elite der Madhesi ist verunsichert und sucht nach neuen Wegen des Protests. Vor allem aber bröckelt die Kooperationsbereitschaft der diversen Madhesi-Parteien, was die hochkastigen Politiker an der Spitze des Staates in Kathmandu begrüßen dürften. So sehr auch die Aufhebung der Blockade

zu begrüßen ist, das Problem ist damit nicht behoben, sondern lediglich ein weiteres Mal vertagt.

Internationale Reaktionen:

Schon rasch waren im Herbst auch ausländische Botschaften in Nepal von den Versorgungsengpässen direkt betroffen. Es war geradezu ein Hohn, dass ausgerechnet die indische Botschaft die nepalische Regierung aufforderte, für eine ausreichende Versorgung ihrer Botschaft mit Benzin und Gas zu sorgen. Insgesamt aber wirkten die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft verhalten. Das aufstrebende Indien ist sicherlich für die führenden Wirtschaftsnationen wichtiger als das kleine, unbedeutende Nepal. Außerdem darf man nicht außer Acht lassen, dass die ganze Krise letztlich durch das Fehlverhalten der politischen Elite Nepals ausgelöst wurde.

Dies weiß natürlich auch die internationale Staatengemeinschaft. Aber das Fehlverhalten der nepalischen Politiker kann und darf nicht das menschenrechtsverachtende Vorgehen Indiens rechtfertigen, das einen Affront gegen internationales Recht und einen Eingriff in die internen Angelegenheiten eines anderen Staates bedeutet. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon reagierte erstmals am 11. November 2015 deutlich, als er unter Hinweis auf die sich anbahnende humanitäre Katastrophe alle beteiligten Seiten zu einer umgehenden Aufhebung der Blockaden aufforderte. Ban hob dabei ausdrücklich Nepals Recht auf freien Transit als Land ohne Seezugang hervor. Beim Besuch hochrangiger UN-Verteter im Januar 2016 in Kathmandu wurde aber auch deutlich, dass man sich in UN-Kreisen der Verantwortung der nepalischen Spitzenpolitiker für die Dauerkrise sehr wohl bewusst ist.